

DAS PubliK

Tschad - neuer (alter) Partner

Seit dem EU-Afrika-Minigipfel Ende August in Paris arbeiten die europäischen Teilnehmer an einer engen Kooperation mit dem Tschad und Niger für eine gemeinsame Bewältigung der Migrantenströme Richtung Europa. Sowohl das Anliegen an sich als auch die gewählten Partner stoßen auf heftige Kritik, da vor allem der Tschad unter Langzeitpräsident Idriss Déby zumindest als autoritär wenn nicht sogar als Diktatur bezeichnet wird. Doch wie berechtigt ist diese Kritik? Wie ist die angestrebte Zusammenarbeit mit dem Tschad vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen im Land zu beurteilen? Und was erwarten sich die europäischen Teilnehmer des Gipfels?

Ein Text von:
Sabine Odhiambo und
Svenja Schindelwig

Bereits im Juli entfachte der französische Präsident Emmanuel Macron eine hitzige Diskussion um die sogenannten Hot Spots, die er – notfalls im Alleingang, denn der Vorstoß war nicht mit der Europäischen Kommission abgesprochen – in Libyen einrichten wolle. Aus diesem nordafrikanischen Land legen die meisten Boote ab, um auf gefährliche Art flüchtende Menschen über das Mittelmeer nach Europa zu bringen. Kurz darauf zog Macron seine Aussage zurück und schlug stattdessen diese Hot Spots, also Registrierungsstellen, die es seit 2015 in Südeuropa gibt und die entscheiden, ob Flüchtende weiter in andere Länder reisen dürfen oder zurückgeschickt werden, in den Grenzgebieten der „sicheren Länder“ Niger und Tschad vor.

Daraufhin lud Präsident Macron zu dem EU-Afrika-Minigipfel mit den am meisten involvierten Ländern ein. Anwesend waren von europäischer Seite die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Italien und Spanien, sowie die EU-Außenbeauftragte und von afrikanischer Seite die Präsidenten von Niger und Tschad und der Vorsitzende des Präsidialrates Libyens. Sein Anliegen war klar die Unterbindung der illegalen Migrationsströme. Auch Kanzlerin Angela Merkel pflichtete ihm bei, es gebe „eine Korrelation zwischen der Zahl der Menschen, die sich auf den Weg machen und der Menschen, die umkommen auf diesem Weg [...] Das heißt, wir haben hier auch eine humanitäre Verantwortung, diese illegalen Wege zu ordnen.“ Dafür hätten sie gern Migrationspartnerschaften geschlossen mit den Haupttransitländern Niger und Tschad, die eben auch diese Migrationszentren beinhalten sollen. Doch scheinbar teilten die afrikanischen Präsidenten nicht vollständig die europäische Vision.

Im [gemeinsamen Abschluss-Statement](#) findet sich zwar der Wunsch der europäischen Staaten nach Schutzmissionen, gemeinsam mit und in Zustimmung von Niger und Tschad, die die Umsiedlung von Flüchtenden betreffen. Einzelheiten dazu, die dann auch eine abgemilderte Version der Hot Spots beinhalten, sind jedoch nur Teil eines [beigefügten Non-Papers](#), d.h. einem inoffiziellen Arbeitsdokument ohne bindenden rechtlichen Status. Dies kann als Ausdruck der Ablehnung der kurzfristigen Strategie

interpretiert werden. Vor allem Präsident Déby machte klar, dass er gegen diese Zentren ist. Während Macron in ihnen „ein pädagogisches Instrument“ zur Entmutigung von den sogenannten Wirtschaftsmigranten sieht, befürchtet Déby, dass diese wie ein Aufruf an alle Migrationswillige wirke, sich dorthin zu begeben. Zunächst müsse die EU ihnen in der Bewältigung der bereits aufgenommenen Migranten finanziell zur Seite springen. In einem Interview im Umfeld des Gipfels sprach sich sein Außenminister Hissein Brahim Taha für ein Abkommen mit der EU über die Umsiedlung von bereits vom UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat der



Präsident Idriss Déby mit EU-Außenbeauftragter Federica Mogherini

Vereinten Nationen) registrierten Flüchtenden aus. Ein ähnliches bestünde bereits mit den USA. Derzeit befinden sich ca. 400.000 Geflüchtete im Tschad.

In einem anderen Punkt stimmen die Verhandlungspartner überein, jedoch aus eher unterschiedlichen Gründen. Schnellstmöglich sollen

die Grenzgebiete zu Libyen effektiv gesichert und verstärkte Präsenz von Staatsstrukturen gezeigt werden. Für die europäischen Verhandlungspartner ist dies ein Baustein in der Eindämmung der Migrantenströme, für die afrikanische Seite geht es hierbei vielmehr um die Unterbindung von illegalem Handel mit Menschen, Waffen und Drogen. Auch hier legen die afrikanischen Regierungschefs mehr Wert auf Nachhaltigkeit als auf schnelle Erfolge. Sie unterstreichen die Wichtigkeit der Schaffung von neuen wirtschaftlichen Strukturen in diesen Gebieten, die es den heutigen Schmugglern ermöglicht in Zukunft ihren Lebensunterhalt legal zu verdienen. Anstelle einer Behandlung von Symptomen drängen sie auf die Bekämpfung der Ursachen. Präsident Déby bringt es auf dem Punkt: „Was drängt die afrikanische Jugend denn nach Europa? Das sind Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte Bildung und Unsicherheit. [...] Die Frage der Migration lässt sich nur mit Entwicklung lösen.“

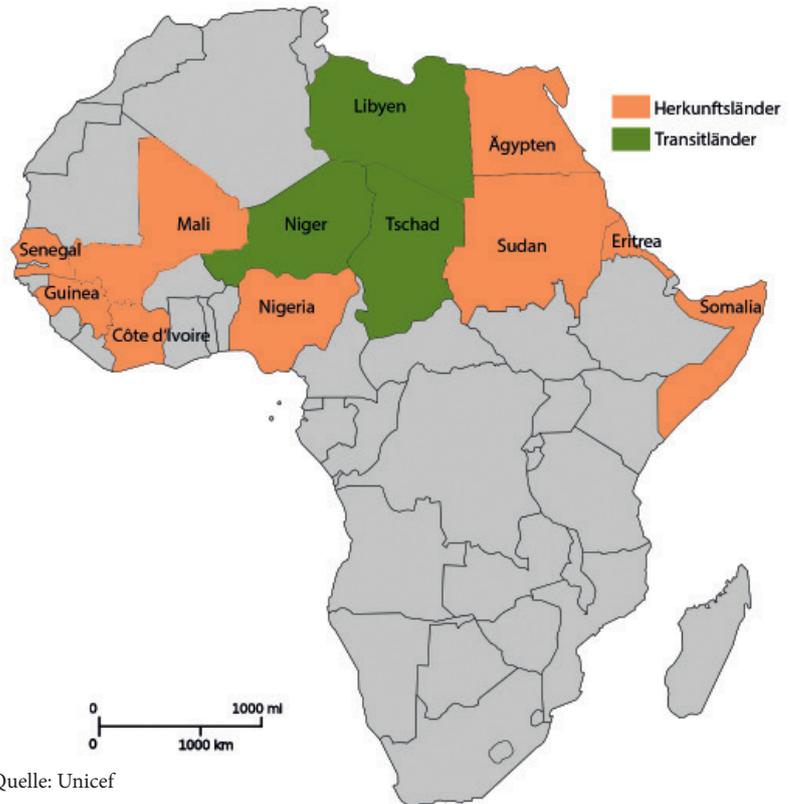
Nun soll zunächst eine Delegation in die beiden Länder reisen, um die Vorbedingungen für die Umsetzungen der Entscheidungen zu überprüfen und evaluieren, ob noch konkrete praxisorientierte Kooperationen eingegangen werden können, die helfen die Herausforderung der Migrationsströme anzugehen. Anfang November wird ein weiteres Gipfeltreffen in gleicher Personenzusammenstellung in Madrid stattfinden, bevor die Ergebnisse dann auf dem großen EU-AU-Gipfel Ende November in Abidjan vorgestellt und diskutiert werden sollen.

Ob die EU dort konkrete Umsetzungspläne vorlegen kann, ist fraglich. Denn die Aufnahme der Flüchtenden nach der Vorauswahl in den neugeschaffenen Migrationszentren soll auf freiwilliger Basis geschehen. Zudem müssten die Asyl-Kriterien dann auch aus der nationalen in

einheitliche EU-Verantwortung überführt werden. Punkte, durch die der Bund der EU-Mitgliedsstaaten seit einigen Jahren immer wieder auf die Zerreißprobe gestellt wird.

Doch schon jetzt fließt eine große Menge zusätzlicher Zuwendungen in die Staatskassen des Tschad. Dies ist nach der heftigen Kritik der

Auf Débys Regierungsstil wird zurückgeführt, dass die tschadische Bevölkerung bisher noch nicht von der seit 2003 geförderten Ölproduktion profitieren konnte. Dabei begann seine Präsidentschaft 1990 mit dem Ende der Schreckensherrschaft Hissène Habrés und der Ankündigung der Einführung eines Mehrparteiensystems zunächst vielversprechend. In



deutschen Medien an dem neuen Vorstoß zur „reinen Abschottung“ bzw. der „Verlagerung der europäischen Außengrenzen“, der am meisten diskutierte Punkt: Mit Tschad hat die EU eines der ärmsten Länder der Welt (Platz 186 von 188 des Human Development Index) als Partner. Die Kontrolle durch die politische Machtelite sei zu schwach,

um bis in die Wüstenregionen hinein zu wirken. Zudem gebe man zusätzlich zu dem Geld auch noch Waffen und modernste (Überwachungs-) Technik an ein

autoritäres Regime, das unter dem seit 27 Jahren regierenden Déby immer mehr in Richtung Diktatur gehe.

der Folge wurde jedoch schnell deutlich, dass Déby versuchte, den Demokratisierungsprozess hinauszuzögern. Erst 1996 wurde die nötige Verfassungsänderung vorgenommen und die erste Mehrparteienwahl abgehalten. Diese war von Betrug gekennzeichnet und spätestens da zeigte sich, dass Débys Regime kein Interesse an echtem politischen Pluralismus hatte.

Débys Entscheidung entgegen früherer Behauptungen eine dritte Amtszeit anzustreben, wird in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beginn der Ölförderung 2003 gesetzt und für die politische Instabilität der Folgejahre verantwortlich gemacht. 2005 ließ Déby per Referendum, welches teils von der Opposition boykottiert wurde, die Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten aufheben und ebnete damit den Weg für seine

Wiederwahl 2006. Gleichzeitig kündigte Déby den Vertrag zur Ölförderung mit der Weltbank und setzte die Erdöleinnahmen fortan nicht mehr primär wie geplant zur Armutsbekämpfung ein, sondern zur militärischen Aufrüstung. Diese sowie die Unterstützung seitens Frankreichs und Libyens unter Muammar al-Gaddafi verhalfen Déby zum Sieg gegen verschiedene Putschversuche in den darauffolgenden Jahren.

Die Erdöleinnahmen ermöglichten es dem Präsidenten zudem, die eigene Elite zu bereichern und politische Gegner auf seine Seite zu ziehen. Andere wurden und werden verfolgt oder verhaftet. Gleichzeitig mischt er sich auch immer wieder in die inneren Angelegenheiten einiger seiner Nachbarländer ein. Im Falle Sudans konnten daraus entstehende Konflikte im Jahr 2010 beigelegt werden. In der Zentralafrikanischen Republik soll Débys Einfluss so weit gehen, dass nur ein Präsident mit seiner Zustimmung regieren kann. So wird ihm eine Beteiligung am Sturz des zuvor von ihm unterstützten Präsidenten François Bozizés im Jahr 2013 vorgeworfen, nachdem dieser tschadische Rebellen auf zentralafrikanischem Boden nicht ausreichend bekämpft habe.

2013 ist auch das Jahr des letzten Putschversuchs gegen Déby, der erneut scheiterte. Mit dem Einbruch des Ölpreises 2014 hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes weiter verschlechtert. Obwohl es zu Beginn des Jahres 2016 zu Protesten neuer Größenordnungen gegen Déby kam, wurde er im gleichen Jahr wiedergewählt. Die Opposition beklagte jedoch auch diesmal große Unregelmäßigkeiten. Da zu den Wahlen soziale Netzwerke abgeschaltet und die Pressefreiheit eingeschränkt wurden, gab es keine Möglichkeit für die Medien, über die Wahlen in angemessener Weise zu berichten. Die Parlamentswahlen,

die in diesem Jahr stattfinden sollten, hat Déby derweil verschoben, da es an Geld fehle. Dies passiert in Débys Tschad insbesondere seit der Ölpreiskrise öfters. Bereits mehrfach konnten Beamte und Angestellte in öffentlichen Einrichtungen über Monate nicht bezahlt werden, und dies trotz erheblicher Mittel, die von bilateralen Geldgebern, allen voran Frankreich, zur Verfügung gestellt wurden. Dass Déby solche Mittel für andere als vorgesehene Zwecke verwendet, ist den Europäern bereits lange bekannt, zu Konsequenzen hat dies bisher jedoch nicht geführt.

Dies kann vor allem daran liegen, dass Déby sich im Kampf gegen den Terrorismus bisher als zuverlässiger Partner für die europäischen Staaten erwiesen hat. Mit 2000 Soldaten stand Tschad Frankreich 2013 in Malis Norden bei der Vertreibung islamistischer Kräfte bei und beteiligt sich ebenso an der daran anschließenden, weiterhin fortlaufenden UN-Stabilisierungsmission MINUSMA. Seit 2015 ist Tschads Militär zudem höchstaktiv im Kampf gegen die nigerianische Terrormiliz Boko Haram, sowohl im eigenen Land als auch in den Nachbarländern. Déby präsentiert sich damit auch als ein Stabilitätsfaktor in einer instabilen Region.

Débys Außenpolitik erklärt somit, weshalb Tschad in der Bekämpfung illegaler Migrationsströme aus europäischer Sicht eine zentrale Rolle zukommt, bzw. zukommen soll. Die angestrebte Zusammenarbeit mit dem Tschad steht jedoch letztendlich nur für eine Bekämpfung der Symptome, nicht aber der Ursachen illegaler Migrationsströme. Auf Grund der prekären innenpolitischen Situation des Tschad ist es dabei fraglich, ob Tschad mittel- und langfristig über die Stabilität und die notwendigen Ressourcen verfügt, um ein verlässlicher Partner der Europäer zu sein. Zudem laufen die beteiligten

europäischen Staaten Gefahr, die Rechte der tschadischen Bevölkerung ihrem Eigeninteresse unterzuordnen und für ihren kurzfristig gedachten Nutzen ein repressives und korruptes Regime zu unterstützen.

Quellen:

Joint Statement „Addressing the Challenge of Migration and Asylum“ (bundesregierung.de, 28.8.2017)

Non-Paper „Protection Missions for the Resettling of Refugees in Europe“ (bundesregierung.de, 28.8.2017)

Bundesregierung: EU-Zusammenarbeit mit Afrika ausbauen (bundesregierung.de, 28.8.2017)

Dickow, Helga, Konfliktporträt: Tschad (ecoi.net 14.1.2014)

Handy, Paul Simon, *Chad: Democratisation Challenges and Limits of International Intervention* (biblioteca.ribei.org, 6.6.2008)

Human Development Report 2016, *Chad* (undp.org, 2016)

Kirchner, Thomas, *Überraschung aus Paris* (süddeutsche.de, 27.7.2017)

Ladurner, Ulrich, *Europa verlegt seine Außengrenzen nach Afrika* (zeit.de, 29.8.2017)

Liffran, Olivier, *Hissein Brahim Taha: „Pour lutter contre l'immigration illégale, il faut prendre le mal à la racine“* (jeuneafrique.com, 29.8.2017)

Meister, Marina, *Die eigentliche Neuerung ist ein Vorschlag von Macron* (welt.de, 28.8.2017)

Orbie, Jan/Del Biondo, Karen, *The European Union's „Comprehensive Approach“ in Chad: Securitisation and/or Compartmentalisation* (biblio.ugent.be, 6.4.2015)

Ploch, Lauren, *Instability and Humanitarian Conditions in Chad* (nationalaglawcenter.org, 1.7.2010)

Riegert, Bernd, *Pariser EU-Afrika-Gipfel: Migranten in Afrika stoppen* (dw.com, 28.8.2017)

EU, *African leaders back new plan over migrant crisis* (aljazeera.com, 28.8.2017)